

8 Punkte für „Jamaika“: foodwatch fordert konsequente verbraucherpolitische Ausrichtung des Koalitionsvertrags

geschrieben von Andreas | 14. November 2017
Pressemitteilung

Berlin, 9. November 2017. Transparente Lebensmittelkontrollen, effektive Warnungen bei Rückrufen, gesunde Ernährung fördern: Anlässlich der am Freitag stattfindenden Sondierungsgespräche zum Thema Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat foodwatch acht Forderungen an Union, FDP und Grüne gerichtet, die aus Sicht der Verbraucherorganisation zwingend in einen „Jamaika“-Koalitionsvertrag gehören. foodwatch forderte, den gesundheitlichen Verbraucherschutz in einem unabhängigen Ressort anzusiedeln und die Bürgerinnen und Bürger besser über die Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelkontrollen zu informieren. Außerdem müssten Obst und Gemüse von der Mehrwertsteuer befreit, Pläne für ein lediglich auf Freiwilligkeit beruhendes staatliches „Tierwohl“-Siegel dagegen ad acta gelegt werden.

„Die Große Koalition hat in der Verbraucherpolitik eine Brache hinterlassen, die von der künftigen Bundesregierung dringend beackert werden muss. Egal, ob es um den besseren Schutz vor gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln geht oder um mehr Transparenz über unhygienische Zustände in Lebensmittelbetrieben: Die künftigen Regierungsparteien müssen die Lücken in der deutschen Verbraucherpolitik schließen“, sagte Martin Rücker, Geschäftsführer von foodwatch Deutschland. „Statt immer nur mit dem Finger auf Brüssel zu

zeigen, sobald ein Lebensmittelskandal das Land erschüttert, können zahlreiche Maßnahmen für mehr Verbraucherschutz sofort auf nationaler Ebene umgesetzt werden.“

Die nach Meinung von foodwatch wichtigsten ernährungs- und verbraucherpolitischen Forderungen hat die Organisation in dem Papier „Acht Punkte, die in keinem Koalitionsvertrag fehlen dürfen“ veröffentlicht. Darin spricht sich die Organisation für Verbandsklagerechte im Verbraucherschutz nach Vorbild des Umweltrechts und für die Einführung bundesweiter Volksentscheide aus. Noch vor ihrem Amtsantritt müsse die neue Regierung die Weichen für eine unabhängige Verbraucherpolitik stellen und die Zuständigkeit für den gesundheitlichen Verbraucherschutz aus dem Landwirtschaftsministerium herauslösen. Die Interessenkonflikte in einem Ressort, das gleichzeitig für die Ernährungsindustrie und die Landwirtschaft wie auch für den Verbraucherschutz zuständig ist, seien unüberwindbar.

Außerdem forderte foodwatch die künftige Bundesregierung auf, endlich für eine Offenlegung amtlicher Kontrollergebnisse zu sorgen: Verbraucherinnen und Verbraucher erführen viel zu selten von Hygienemängeln in Lebensmittelbetrieben oder den Ergebnissen staatlicher Lebensmittelanalysen. Die Große Koalition habe hier zwar eine Reform versprochen, aber nie umgesetzt. Zuletzt habe der Fipronil-Skandal den Handlungsbedarf aufgezeigt: Die Behörden hatten Hunderte von verarbeiteten Lebensmitteln auf das Insektizid analysiert, die Namen der belasteten Produkte jedoch nicht veröffentlicht. Länder wie Dänemark zeigten, dass auch Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene vorangehen können und nicht auf Brüssel warten müssten, machte foodwatch deutlich: In Dänemark müssen Lebensmittelbetriebe Verbraucherinnen und Verbraucher mithilfe eines Smiley-Systems über die Ergebnisse amtlicher Hygienekontrollen informieren.

Eine andere Baustelle ist aus foodwatch-Sicht das mangelhafte System der Warnung vor gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln.

foodwatch kritisierte, dass Verbraucherinnen und Verbraucher häufig nicht davon erfahren, wenn Lebensmittel zurückgerufen würden, etwa aufgrund von Keimbelastung oder Glassplittern. foodwatch erwartet von der nächsten Bundesregierung, dass sie das Warnsystem effektiver macht und die Handelsunternehmen dazu verpflichtet, in Geschäften gut sichtbar über alle Rückrufaktionen aus ihrem Sortiment zu informieren.

Weitere Handlungsfelder, die Einzug in den Koalitionsvertrag finden müssen, sieht foodwatch etwa bei der Prävention von Fehlernährung und Fettleibigkeit, bei der tiergerechten Haltung von Nutztieren und dem Schutz vor Mineralölbelastungen in Lebensmitteln.

Weiterführende Informationen:

foodwatch-Positionspapier „8 Punkte, die in keinem Koalitionsvertrag fehlen dürfen“
tinyurl.com/8-Forderungen

Pressekontakt:

foodwatch e.V.
Sarah Häuser
E-Mail: presse@foodwatch.de
Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Zwischen Recht und Realität. Neue SÜDWIND-Studie zu Vereinigungsfreiheit und

Kollektivverhandlungen

geschrieben von Andreas | 14. November 2017

Bonn, 09.11.2017: Vor fast 70 Jahren wurde das internationale Arbeitsrecht um zwei zentrale Abkommen zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen erweitert, zwei Abkommen, ohne deren Umsetzung menschenwürdige Arbeitsbedingungen nicht durchgesetzt werden können.

Das Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts (Nr. 87 von 1948) und das Übereinkommen über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen (Nr. 98 von 1949) wurden zwar von vielen ILO-Mitgliedsstaaten im Laufe der letzten Dekaden ratifiziert. Allerdings zählen wichtige Wirtschaftsnationen wie China oder die USA zu den ILO-Mitgliedern, die diese Übereinkommen nach wie vor nicht ratifiziert haben. Außerdem gehören Staaten wie China und Bangladesch, in denen diese Rechte massiv verletzt werden, zu den wichtigsten Lieferanten von Bekleidung für den europäischen Markt.

Die vorliegende Studie führt in die Entstehung und Inhalte dieser zwei Kernarbeitsnormen Nr. 87 und Nr. 98 ein und erläutert das Aufsichtssystem, mit dem die ILO die Einhaltung dieser Übereinkommen überprüft.

Am Beispiel von China und Bangladesch stellt die Studie dar, wie heute, fast 70 Jahre nach der Annahme der Übereinkommen, die Verankerung von Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen im nationalen Recht aussieht und wie sie sich in der Realität gestaltet.

„In beiden Ländern existieren eklatante Mängel in der Umsetzung der Übereinkommen“, so die Autorin der Studie, SÜDWIND-Mitarbeiterin Sabine Ferenschild. „In China haben Beschäftigte überhaupt kein Recht auf die Gründung oder die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ihrer Wahl. In Bangladesch ist dieses Recht zwar vorhanden, aber durch die

nationale Gesetzgebung mit hohen Hürden belegt. Dadurch werden diese beiden Länder zu Hoch-Risikoländern für Beschäftigte.“

Vor dem Hintergrund, dass immer noch nicht alle Mitgliedsstaaten der ILO die Kernarbeitsnormen Nr. 87 und Nr. 98 ratifiziert haben, formuliert die Studie als eine abschließende Forderung, dass die ILO eine Offensive zu weiteren Ratifizierungen dieser wichtigen Übereinkommen anstrengen muss. Die Autorin betont aber auch, „dass im Rahmen der Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten zur Aufgabe von Unternehmen gehört, die Umsetzung der Rechte auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen in den Zulieferbetrieben zu einem Kriterium für die Auftragsvergabe zu machen.“

Ergänzt wird die Studie durch ein Ende November erscheinendes vierseitiges Fact Sheet, das die Inhalte der Studie knapp zusammenfasst.

Die Studie, die von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert wurde, ist Teil von insgesamt sechs Studien zur Internationalen Arbeitsorganisation, die SÜDWIND in diesem und im nächsten Jahr vorlegen wird.

[Download](#) | [Bestellung](#)

Ansprechpartnerin:

Dr. Sabine Ferenschild

Telefon: 0228- 763698-16

E-Mail: ferenschild@suedwind-institut.de

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201, 53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

[info\(at\)suedwind-institut.de](mailto:info(at)suedwind-institut.de)

www.suedwind-institut.de

Ökologisch, vegan & fair? Aber bitte mit Spaß! – FairGoods & Veggienale am 18./19. November im Kölner Dock.One

geschrieben von Andreas | 14. November 2017

PRESSEMITTEILUNG

Wie kann ich im Alltag nachhaltig leben und mich vegan und gesund ernähren? Bei der FairGoods und Veggienale dreht sich alles um diese und weitere Fragen zur ökologischen und veganen Lebensweise. Rund 60 Aussteller präsentieren am 18. und 19. November 2017 im Dock.One, Hafenstr. 1 in Köln Angebote aus den Bereichen Bio-vegan-Food, Upcycling, ethische Finanzen, grüne Mode, alternative Mobilität, Müllvermeidung, erneuerbare Energien, gesunde pflanzliche Ernährung u.v.m. Weiterhin gibt es spannende Vorträge, Workshops, Kochshows und Mitmachaktionen rund um die Themen Nachhaltigkeit und Veganismus.

„Wir wollen zeigen, dass pflanzliche Ernährung Spaß macht, gesund und eben kein Kompromiss ist und dabei die Brücke zu einer allgemein nachhaltigeren Lebensweise schlagen“, sagt Daniel Sechert, Gründer und Geschäftsführer des Veranstalters ECOVENTA. „Schließlich treffen wir jeden Tag Entscheidungen und können so Einfluss nehmen – beim Einkaufen, bei der Mobilität, beim Essen“, so Sechert weiter.

Im [Programm](#) geht es u.a. um den verantwortungsvollen Umgang mit Geld (Podiumsrunde), Zero Waste (Tante Olga Unverpackt-Laden) oder regionale Superfoods (Ernährungscoach Dirk Meyer). Auf den Geschmack kommen sollen die BesucherInnen bei den Rohkost- und Kochshows u.a. mit der Rohkost-Spezialistin

Kirstin Knufmann (PureRaw) und der Ökotrophologin Anna-Lena Klapp, die vegane Süßigkeiten-Klassiker zum Selbermachen vorstellt. Ein weiteres Themen-Highlight – weil aktuell stark politisch debattiert, ist der Vortrag zum „Bedingungslosen Grundeinkommen“ von Helwig Fenner (Mein Grundeinkommen e.V.).

Für Kinder gibt es an beiden Tagen Puppentheateraufführungen („Die Karotte der Freundschaft“) und Bastel-Workshops. Das vollständige Programm und alle Aussteller sind auf www.fairgoods.info sowie www.veggienale.de veröffentlicht.

Informationen für Besucher*innen:

Die Öffnungszeiten sind Samstag 18. November und Sonntag 19. November 2017 jeweils von 10.00 bis 18.00 Uhr. Der Eintritt kostet an den Tageskassen 10,00 EUR für Erwachsene, 8,00 EUR ermäßigt.

Im Online-Vorverkauf gibt es die Tickets ab 7,00 EUR. Kinder bis 14 Jahre haben freien Eintritt.

Alle BesucherInnen erhalten Gutscheine im Wert von rund 50 EUR, die direkt vor Ort bei den Ausstellern eingelöst werden können.

Internet: www.fairgoods.info // www.veggienale.de

Veranstaltungsort:

The New Yorker Dock.One, Hafenstr. 1 / Auenweg, 51063 Köln

Akkreditierungen als Journalist und Medienvertreter unter <https://fairgoods.info/berichten>

Abdruck honorarfrei // Belegexemplar erbeten // Fotos bitte unter presse@ecoventa.de anfordern

Save-the-Dates!

FairGoods Deine Messe für nachhaltigen Lebensstil
Veggienale Deine Messe für pflanzlichen Lebensstil

Rhein-Main(z) 23. und 24. September 2017

Hamburg 21. und 22. Oktober 2017

Köln 18. und 19. November 2017

Hannover 10./11. März 2018*

Münster 24./25. März 2018 NEU!

Nürnberg 14./15. April 2018

Köln 28./29. April 2018

Hamburg 22./23. September 2018*

Bremen 29./30. September 2018 NEU!

Rhein-Mainz 27./28. Oktober 2018

Bodensee 01./02. Dezember 2018 NEU!

*in Kooperation mit Messe Grünes Geld

Pressekontakt

ECOVENTA GmbH

Agentur für ökologische Veranstaltungen

Daniel Sechert, Gründer und Geschäftsführer

Heinrich-Roller-Str. 13

10405 Berlin

Telefon 030 555 775 201

Mobil 0151 57338640

www.ecoventa.de

presse@ecoventa.de

„Es tut uns leid“: Aletes Baby-Keks plötzlich nicht mehr „babygerecht“

geschrieben von Andreas | 14. November 2017

Pressemitteilung

- Unternehmen reagiert auf Nominierung für den Goldenen Windbeutel
- Alete will ein zuckriges Produkt für Babys ab dem achten Monat nicht länger als „babygerecht“ verkaufen.
- Produkt ist nominiert für den Goldenen Windbeutel 2017, die Online-Abstimmung von foodwatch zur Werbelüge des Jahres.
- Rossmann hatte nach Kritik ein ähnliches Babyprodukt vom Markt genommen.

Berlin, 7. November 2017. Alete will einen stark zuckerhaltigen Keks für Babys nicht länger als „babygerecht“ verkaufen. Das kündigte das Unternehmen gegenüber der Verbraucherorganisation foodwatch an. „Es tut uns leid, dass die Angabe ‘babygerecht’ offenbar falsch verstanden werden kann. Wir werden deshalb unser Etikett überarbeiten und die Angabe entfernen“, schrieb Alete in einer Stellungnahme von Dienstag und kündigte zudem eine Rezepturänderung an. foodwatch hatte Aletes Kinderkeks als einen von fünf Kandidaten für den Goldenen Windbeutel nominiert, die Online-Wahl zur dreistesten Werbelüge des Jahres auf www.goldener-windbeutel.de. Denn der Babynahrungshersteller bewirbt sein Produkt entgegen den Empfehlungen von Ärzten und Gesundheitsexperten als „babygerecht“ und „zum Knabbern lernen“ ab dem achten Monat – dabei enthält der Babykeks mit 25 Gramm pro 100 Gramm mehr Zucker als beispielsweise Leibniz Butterkekse. In der vergangenen Woche hatte die Drogeriekette Rossmann einen ähnlich zuckrigen Keks seiner Eigenmarke Babydream vom Markt genommen.

„Wenn noch nicht einmal die Babyprodukte eines Babynahrungsherstellers babygerecht sind – worauf sollen sich die Verbraucherinnen und Verbraucher dann noch verlassen?“, sagte Sophie Unger von foodwatch, „Wahlleiterin“ für den Goldenen Windbeutel 2017. In einer Stellungnahme zum Start der Online-Abstimmung hatte Alete noch jede Kritik von sich gewiesen. Sophie Unger: „Der Fall Alete zeigt erneut: Offenbar reagieren Lebensmittelhersteller nur auf öffentlichen Druck.“

Doch auch wenn die dreiste Bezeichnung ‚babygerecht‘ jetzt von der Packung verschwindet: Einen zuckrigen Keks für Säuglinge ab dem achten Monat zu empfehlen, ist unverantwortlich. Die Lebensmittelindustrie sollte sich langsam fragen, ob für jede Änderung hin zu einer verantwortungsvollen Werbung ein Goldener Windbeutel erforderlich ist. Ehrliche Etiketten sollten eigentlich selbstverständlich sein.“

Der Keks wird dem Schreiben von Alete nach weiterhin als Produkt für Säuglinge ab dem achten Lebensmonat empfohlen. Dabei empfiehlt etwa die Weltgesundheitsorganisation (WHO) explizit: „Salz und Zucker sollten nicht in Beikost zugesetzt sein“. Auch die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ) rät für die Ernährung gesunder Säuglinge: „Auf den Verzehr von stark gezuckerten Produkten (Süßigkeiten, Getränke) sollte soweit als möglich verzichtet werden (Kariesgefahr, Geschmacksprägung, Übergewichtsrisiko)“.

Zuvor hatte die Drogeriekette Rossmann ein ähnliches Produkt, seinen „Babydream Bio Kinderkeks“ mit etwa 24 Prozent Zuckeranteil, aufgelistet und in einem Schreiben an foodwatch angekündigt, ihn durch Kekse mit deutlich weniger Zucker zu ersetzen.

Noch bis 26. November können Verbraucherinnen und Verbraucher auf www.goldener-windbeutel.de aus fünf Kandidaten wählen, wer den Preis für die „dreisteste Werbelüge des Jahres“ erhalten soll. Dem Hersteller des Produkts mit den meisten Stimmen will foodwatch den Negativpreis am Firmensitz überreichen.

Link:

– Die Wahl der Werbelüge des Jahres unter www.goldener-windbeutel.de

Quellen und weiterführende Informationen:

– Schreiben von Alete an foodwatch: tinyurl.com/y9rvcadY
– Mehr Informationen zum Alete Kinderkeks inklusive Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation:

tinyurl.com/yd9vlu3s

– Ursprüngliche Stellungnahme von Alete zum Start des Goldenen Windbeutels: tinyurl.com/y8msjxfb

– Schreiben von Rossmann an foodwatch: tinyurl.com/ycrukvs

+++ Achtung, TV- und Hörfunk-Redaktionen +++

foodwatch bietet umfangreiches Bild- und Audiomaterial zur freien redaktionellen Verwendung zum Download an:

– Bewegtbildmaterial aller Kandidaten für den Goldenen Windbeutel: tinyurl.com/y7q7elq2

– TV-Statements: tinyurl.com/y6w2wfc4

– Audio-0-Töne: www.foodwatch.de/material-windbeutel

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 290

Große Teile der deutschen Wirtschaft wollen ambitionierten Klimaschutz im Koalitionsvertrag

geschrieben von Andreas | 14. November 2017

Gemeinsame Pressemitteilung B.A.U.M. e.V. / Germanwatch /
Stiftung 2°

**Mehr als 50 große und mittelständische Unternehmen fordern
überzeugende Umsetzungsstrategie für Klimaschutzplan 2050 als
Modernisierungsprogramm für Deutschland / Konkrete
klimapolitische Forderungen an Jamaika-Verhandler**

Berlin (7.11.2017). Eine breite Allianz von mehr als 50 großen und mittelständischen Unternehmen sowie Unternehmensverbänden fordert die Parteien in den Sondierungsgesprächen auf, den Klimaschutz zur zentralen Aufgabe der künftigen Bundesregierung zu machen. Während die Sondierungsgespräche in Berlin an den Themen Klima und Energiewende scheitern könnten, zeigen die Unternehmen, wie Klimaschutz und Energiewende zu einem Modernisierungsprojekt für Deutschland werden können.

Zusammen bringen die Unternehmen über 450.000 Beschäftigte alleine in Deutschland und einen globalen Umsatz von mehr als 350 Mrd. Euro (mehr als der Bundeshaushalt 2017) auf die Waage. Damit ist dies die größte und umfassendste Unternehmenserklärung für ambitionierten Klimaschutz, die in Deutschland je veröffentlicht wurde. Sie lehnt sich an vermehrte ähnliche Äußerungen und Initiativen aus der Wirtschaft in jüngster Vergangenheit an.

In der heute veröffentlichten Erklärung drängen die Unternehmen auf konkrete Maßnahmenpakete für die Umsetzung des Klimaschutzplans samt seiner Sektorziele. Dazu gehörten ein Anheben der Ausschreibungsmengen für Ökostrom, Anreize für eine entschieden beschleunigte Gebäudesanierung und Vorfahrt für Stromnetze und Speicher. Die Unternehmen halten für die neue Legislaturperiode einen verlässlichen und sozialverträglichen Ausstiegspfad bei der Kohleverstromung für unverzichtbar und fordern einen investitionsrelevanten CO₂-Preis. Die neue Regierung solle zudem die Modernisierung von Steuern und Abgaben sowie die Beendigung fossiler Subventionen bis 2025 prüfen. Deutschland und die EU bräuchten jetzt einen konsequenten Einstieg in die Verkehrswende auf Schiene und Straße. Von der neuen Bundesregierung erwarten die Unternehmen entschiedene und effiziente Maßnahmen zum Erreichen des 40%-Klimaziels für 2020. Das Klimaziel für 2050 solle auf bis zu 95% Emissionssenkung angehoben werden.

„Eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz ist eine große Chance für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer

Wirtschaft“, heißt es in der Erklärung. „Die kommende Regierungskoalition sollte darum die Geschwindigkeit der Transformation hin zur treibhausgasneutralen Wirtschaft erhöhen und hierzu die enge Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Partnern suchen.“ Mit klugen staatlichen Rahmensetzungen könne auch die im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Industrie ihre Transformation vorantreiben und dabei ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

Sabine Nallinger, Vorständin der Stiftung 2°, kommentiert: „Klar ist, dass der Kohleausstieg in den Koalitionsverhandlungen auf den Tisch muss und zwar ohne Scheuklappen. Die Unternehmen brauchen Planungs- und Investitionssicherheit, um ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten zu können. Jamaika sollte den Klimaschutz zu dem Modernisierungsprojekt unserer Zeit machen, um die deutsche Wirtschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig aufzustellen.“

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, sagt: „Die CO₂-Emissionen in Deutschland sind seit 2009 nicht mehr gesunken. Während des Klimagipfels in Bonn schaut die Welt mit Spannung auf Deutschland, ob in den Koalitionsverhandlungen endlich die notwendigen Umsetzungsschritte für die international angekündigten Klimaziele beschlossen werden. Dieser starke Appell eines relevanten Teils der deutschen Wirtschaft ist gerade jetzt ein wichtiger Antreiber.“

Prof. Dr. Maximilian Gege, Vorsitzender von B.A.U.M. e.V., kommentiert: „Diese Erklärung zeigt, dass Viele in der Wirtschaft bei Energie-, Verkehrs- und Wärmewende mehr Tempo wollen, als die Politik bis jetzt bereit ist zuzulassen. Immer mehr Unternehmen haben Sorgen davor, dass Deutschland beim Klimaschutz und damit bei neuen Technologien zurückfällt.“

Bekannte Unternehmen sind Mitzeichner

Zeichner der Erklärung sind in Deutschland aktive

Großunternehmen, größere Mittelständler und Verbände aus einer erheblichen Bandbreite von Branchen. Darunter sechs DAX-30-Konzerne und bekannte Namen wie Aldi Süd, Deutsche Börse, Deutsche Telekom, Hochtief, Nestlé, SAP und viele mehr. Auch energieintensive Industrieunternehmen und Kohlekraftwerksbetreiber unterstützen den Appell, darunter Siemens, EnBW, E.ON sowie die Papier- und Kartonfabrik Varel. Viele der zeichnenden Unternehmen sind keine unmittelbaren Gewinner der Dekarbonisierung oder Energiewende. Die Zeichner versprechen allerdings, ihren Anteil am Klimaschutz zu leisten. Koordinatoren der Erklärung sind die Unternehmensverbände Stiftung 2° und B.A.U.M. sowie die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch.

Die Erklärung in Deutsch (in wenigen Minuten online):
www.germanwatch.org/de/14633

Die Erklärung in Englisch: www.germanwatch.org/en/14634

51 Zeichner der Erklärung:

adidas Group | AIDA Cruises | Alfred Ritter GmbH & Co. KG | Alba Group | ALDI SÜD | Alnatura | Baufritz | Bausparkasse Schwäbisch Hall | CEWE | DAIKIN Airconditioning Germany | Deutsche Börse | Deutsche ROCKWOOL | Deutsche Telekom | Deutsche Wohnen | elobau | EnBW | ENTEGA | E.ON | EPSON DEUTSCHLAND | EWE | Gegenbauer Holding | GLS Bank | Hermes Germany | HOCHTIEF | Interseroh | ista International | IWAN BUDNIKOWSKY | Lebensbaum | LR Facility Services | Max Bögl | Metro | Naturstrom | Nestlé Deutschland | Otto Group | Papier- und Kartonfabrik Varel | PUMA | SAP | Schneider Schreibgeräte | Schüco International KG | Siemens | Sparda-Bank München | Stadtwerke München | Stadtwerke Tübingen | Tchibo | Triodos Bank | Trianel | Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV) | Viebrockhaus | WALA | Wilkhahn | Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V (ZVEI)

Ansprechpartner/innen für Medien:

– Stefan Küper, Pressesprecher Germanwatch, +49 (0)228 / 604 92-23, kueper@germanwatch.org

– Laura Törkel, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Stiftung 2°, +49 (0)30 2045 3734, laura.toerkel@2grad.org

– Jan Koch, Projektmanagement B.A.U.M., +49 (0)40/ 49 07 11 – 06, Jan.koch@baumev.de

–
Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Auch Regierung Trump muss akzeptieren: Die Klimakrise gefährdet weltweit die Gesundheit

geschrieben von Andreas | 14. November 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Germanwatch begrüßt Einigung der G7-Gesundheitsminister beim

Ministertreffen in Mailand

Bonn (6. Nov. 2017). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßt, dass die G7-Gesundheitsminister in der Abschlusserklärung ihres Treffens in Mailand die Bedeutung des Klimaschutzes anerkannt haben. „Das Kommuniqué aller sieben Gesundheitsminister sagt deutlich: Die globale Klimakrise verstärkt Gesundheitsrisiken – deswegen müssen die Staaten gemeinsam handeln“, sagt Lutz Weischer, Teamleiter für Internationale Klimapolitik bei Germanwatch. „Nach langem Widerstand musste auch die Regierung Trump am Ende diese wissenschaftliche Erkenntnis anerkennen und die entsprechende Formulierung im Kommuniqué mittragen. Das ist ein wichtiger Sieg der Vernunft über die Realitätsverweigerung von US-Präsident Trump.“

Letztlich musste auch die US-Regierung das anerkennen, was führende internationale Experten unter anderem der Weltgesundheitsorganisation beim Ministertreffen erläutert hatten: Klimawandel gefährdet die Gesundheit – zum Beispiel mit zunehmend intensiven Hitzewellen, Stürmen, Dürren und Hochwassern, aber auch dadurch, dass die Erwärmung die schnellere Ausbreitung von Krankheitserregern begünstigt. Die Minister verständigten sich darauf, hier unter anderem mit besseren Frühwarnsystemen gegenzusteuern.

Sechs G7-Staaten – außer den USA – bekräftigen in einem weiteren Teil des Kommuniqués, dass sie das Pariser Klimaabkommen zügig umsetzen wollen. Weischer: „Die Regierung Trump hat sich mit ihrer klimapolitischen Realitätsverweigerung in Mailand erneut selbst isoliert. Den Gesundheitsrisiken des Klimawandels muss entschieden begegnet werden. Daher führt an ambitioniertem Klimaschutz, so wie in Paris vereinbart, kein Weg vorbei. Es ist richtig, dies auch gegen Donald Trump durchzusetzen. Das ist auch ein wichtiges Signal an den Weltklimagipfel, der heute in Bonn begonnen hat.“

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher
h e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Präsentation Globaler Klima- Risiko-Index 2018

geschrieben von Andreas | 14. November 2017
EINLADUNG PRESSEKONFERENZ

Zum 13. Mal präsentiert Germanwatch den Globalen Klima-Risiko-Index (KRI), dieses Mal bei der Weltklimakonferenz in Bonn. Dieser Index zeigt in einer Rangliste, welche Länder besonders von Wetterextremen betroffen sind. Germanwatch erstellt den Index auf der Grundlage der NatCatSERVICE-Datenbank des Rückversicherers Munich Re.

Im Fokus der diesjährigen Auswertung stehen die Auswirkungen von Überschwemmungen, Stürmen und anderen Wetterextremen im Jahr 2016. Darüber hinaus analysiert der KRI, welche Länder in den vergangenen 20 Jahren am stärksten betroffen waren.

Wir laden Sie herzlich ein zur Pressekonferenz:

Ort:

Press Conference Room 2, Theatre, Zone BULA 4, COP23 Bonn (nur

für akkredit. Journalisten/innen zugänglich)

Zeit:

Do., 9. Nov., 10:30 – 11 Uhr (MEZ)

Mit:

Sven Harmeling, Mitglied des Vorstands, Germanwatch

David Eckstein, Ko-Autor des Klima-Risiko-Index (KRI),
Germanwatch

Vera Künzel, Ko-Autorin des Klima-Risiko-Index (KRI),
Germanwatch

Delegationsmitglied aus Haiti und/oder Fidschi (angefragt)

Falls Sie selbst nicht vor Ort sind, aber dennoch Interesse an der Präsentation haben, können Sie diese über die Webseite des Klimasekretariats live verfolgen:

<https://unfccc.cloud.streamworld.de/live>

Vorschau: Schon jetzt möchten wir Sie auf einen weiteren „Index-Termin“ hinweisen: Die Pressekonferenz zur Präsentation des Klimaschutz-Index 2018, der die Klimaschutz-Leistungen der 56 größten CO₂-Emittenten (Staaten) sowie der EU (gesamt) vergleicht, wird am Mittwoch, 15. November, um 10 – 10:30 Uhr stattfinden. Hierzu werden Sie noch in dieser Woche weitere Informationen erhalten.

Kontakt für Medien:

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch

(Kontakt s.u.)

—

Stefan Küper

Pressesprecher

Germanwatch e.V.

Dr.Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Einladung zum Pressegespräch – foodwatch-Analyse: Zehn Jahre Politikversagen bei der Lebensmittelkennzeichnung

geschrieben von Andreas | 14. November 2017

TERMIN-ERINNERUNG: PRESSEGESPRÄCH AM 8.11. UM 10:00 UHR

In Politik und Medien sind die Themen Lebensmittelkennzeichnung und Etikettenschwindel seit vielen Jahren präsent. Immer wieder gab es von politischer Seite Versprechungen und Ankündigungen, die Kennzeichnung verbraucherfreundlicher zu gestalten. Aber was ist daraus geworden? Warum sind Werbelügen noch immer Alltag im Supermarkt? Und wie ist die Situation in anderen europäischen Ländern? Diese Fragen beantwortet foodwatch in einer Analyse zur Verbraucherpolitik in Sachen Lebensmittelkennzeichnung der letzten Jahre. Die Analyse wollen wir gerne – auch anhand konkreter Produktbeispiele – bei einem kleinen Frühstück vorstellen und diskutieren.

Zu unserem Pressegespräch laden wir Sie herzlich ein:

Termin: Mittwoch, 8. November 2017, 10:00 Uhr

Ort: Habel am Reichstag, Luisenstraße 19, 10117 Berlin (unter den S-Bahn-Bögen)

mit: Oliver Huizinga und Sophie Unger, Recherche & Kampagnen bei foodwatch

Für eine Rückmeldung, ob wir mit Ihrem Kommen rechnen dürfen, wären wir Ihnen sehr dankbar – telefonisch unter (0 30) 24 04 76 – 290 oder per Mail an presse@foodwatch.de.

Andreas Winkler

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bürgerentscheid „Raus aus der Steinkohle“: Ergebnis zeigt, dass Stadtrat falsche Schwerpunkte setzt

geschrieben von Andreas | 14. November 2017

Pressemitteilung

München, 6. November 2017

München setzt ein Zeichen für den Umweltschutz. 60,2 Prozent der wahlberechtigten BürgerInnen stimmten am gestrigen Sonntag für die Abschaltung des Kohleblocks im Heizkraftwerk Nord. Das nötige Quorum haben sie damit nicht nur erreicht, sondern deutlich überschritten. „Ein Zeichen dafür, dass der Münchner Stadtrat seine Schwerpunkte in den Bereichen Klima- und Umweltschutz falsch setzt“, sagt Martin Glöckner, Geschäftsführer der Umweltschutzorganisation Green City e.V. Als Partner im Bündnis „Raus aus der Steinkohle“ erklärt er

auch, was die nächsten Schritte sein sollten.

Es ist das zweite Mal dieses Jahr, dass die Münchner BürgerInnen der Stadtregierung die Richtung weisen: Nachdem der Stadtrat Anfang 2017 die Forderungen des Bürgerbegehrens „Saubere Luft – Reinheitsgebot für Münchner Luft“ nach nur sechs Wochen Laufzeit übernommen hat, gibt es jetzt einen zweiten großen Sieg bürgerlichen Engagements: 118.513 MünchnerInnen haben am gestrigen Sonntag dafür gestimmt, dass der Kohleblock im Heizkraftwerk Nord bis Ende 2022 abgeschaltet werden soll. Das entspricht 60,2 Prozent der wahlberechtigten BürgerInnen. „Natürlich freuen wir uns sehr über dieses deutliche Ergebnis und danken allen Organisatoren und Partnern“, sagt Martin Glöckner, Geschäftsführer von Green City e.V. Die Münchner Umweltschutzorganisation ist Teil des Bündnisses „Raus aus der Steinkohle“.

„Wir sind auf einem guten Weg. Ausschlaggebend ist jetzt, dass wir gemeinsam mit dem Stadtrat und den Stadtwerken München Umsetzungsmöglichkeiten angehen. Wir stehen gerne zur Kooperation bereit“, führt Martin Glöckner fort. Das deutliche Wahlergebnis sei ein klares Zeichen dafür, dass der Stadtrat die Schwerpunkte in diesem Bereich falsch setzt – und damit gegen den Willen der Münchner Bevölkerung entscheidet. „Wir fordern weiterhin mutige, zukunftsweisende Entscheidungen in den Bereichen Mobilität und Klimaschutz“, so Glöckner weiter. Anderenfalls werden die Umweltverbände gemeinsam mit den BürgerInnen immer wieder Korrekturen einfordern.

Ein Grund zum entspannten Zurücklehnen ist das Wahlergebnis nämlich lange nicht – das Engagement für eine umweltverträglichere Stadtpolitik und ein nachhaltigeres München geht schon am 26. November in die nächste Runde: Im Rahmen des Bündnisses für saubere Luft in München und der Münchner Wissenschaftstage findet das 1. Münchner Luftsymposium statt. Weitere Informationen dazu im Internet unter www.greencity.de.

Ihre Ansprechpartnerin bei Green City e.V.:

Franziska Bär, Kommunikation

Mail: presse@greencity.de, Tel: (089) 890 668 -321

Green City e.V., Lindwurmstraße 88, 80337 München

Über Green City e.V.

Green City e.V. ist seit 1990 als Umweltorganisation für ein grüneres München aktiv. 25 MitarbeiterInnen setzen sich zusammen mit über 1.500 Ehrenamtlichen und Mitgliedern für stadtverträgliche Mobilität, verantwortungsvollen Umgang mit Energie, nachhaltige Stadtgestaltung, und Umweltbildung für alle Altersgruppen ein. 150 Projekte und Veranstaltungen pro Jahr bieten Umweltschutz zum Anfassen und Mitmachen. Weitere Informationen unter www.greencity.de.

ECOVIN Jahrgangsbericht 2017

geschrieben von Andreas | 14. November 2017

PRESSEMITTEILUNG

Oppenheim, 26.10.2017. Die Traubenernte ist abgeschlossen. Die Mitglieder im Bundesverband der ökologisch arbeitenden Weingüter Deutschlands, ECOVIN, sind in der letzten Oktoberwoche fertig geworden. Die Mosel setzt hier gewöhnlich den Schlussakzent, so auch in diesem Jahr. Die Mengen sind im Durchschnitt aller deutschen Anbaugebiete um einiges geringer ausgefallen als im langjährigen Mittel. Die Qualitäten überzeugen jedoch.

Das Weinjahr 2017 startete teilweise noch mit der Eisweinlese. Am 7. Januar erntete zum Beispiel Reinhard Schäfer im

Bottwartal, Württemberg, 100 Liter Trollinger Eiswein des Jahres 2016 bei -10°C mit einem Mostgewicht von $180^{\circ}\text{Oechsle}$. Bereits zwei Monate später, Mitte März, herrschte schon fast Freibadwetter in weiten Teilen der deutschen Anbaugebiete. Dies forcierte einen recht frühen und rasanten Austrieb der Reben, welche zum Teil dem Frost am 19./20. April zum Opfer fielen. Diese kalten Nächte haben neben dem Weinbau auch den Obst- und Gemüsebau hart getroffen, was erklärt, warum die diesjährige Traubenernte so klein ausfällt. Die Lese begann schon sehr früh, Ende August, und war mancherorts bereits Ende September abgeschlossen.

An der Ahr hielten sich die Frostschäden in Grenzen. Verluste gab es aber auch hier. Austriebsschädlinge wie Rombenspanner und Erdraupen stellten die ökologisch wirtschaftenden Winzer vor Herausforderungen. Probleme mit Pilzkrankheiten waren an der Ahr eher untergeordnet, allerdings breitete sich die Botrytis im Verlauf der Reifung der Trauben aus, was zu leichten Verlusten führte. Der Leseverlauf war daher recht hektisch, eine mehrfache Auslese der Trauben war notwendig und führte dazu, dass die Menge etwa 30 % unter dem normalen Ertrag lag.

In vielen Teilen Badens war der Herbst wider allen Erwartungen nach dem Frost-Schock Ende April zufriedenstellend hinsichtlich Menge und Qualität. Über die Regionen gesehen liegt die Menge nur leicht unter dem langjährigen Betriebsdurchschnitt, was natürlich auch dem niedrigen Ertragsniveau auf Bioflächen generell geschuldet ist. Im mittleren Markgräflerland mussten die Winzer teils erhebliche Frostschäden hinnehmen. Insbesondere der für die Region typische Gutedel lag weit unter dem Durchschnitt. Vom Kaiserstuhl wurde ein ausgezeichnete Herbst gemeldet, mit hohen, fast schon überdurchschnittlichen Erträgen und sehr guten Zuckergehalten.

Auch in Württemberg war eine schnelle Ernte angesagt. Vor allem die frühreifen roten Rebsorten wie Acolon, Regent oder

Dornfelder liefen Gefahr, den Fruchtfliegen zum Opfer zu fallen und mussten zügig gelesen werden. Die Frostschäden in weiten Teilen Württembergs führten dazu, dass sich die übrig gebliebene Energie in den Trauben konzentrierte, die noch gelesen werden konnten. So berichtet Andreas Stutz aus Heilbronn von einem Mostgewicht von 108° Oechsle beim Muscaris. Es gab aber auch Fraßschäden durch Wildschweine, Rehe, Vögel und Mäuse, welche aufgrund der Frostschäden im Obst und Gemüsebau wenig weitere Nahrungsangebote vorfanden.

Der rheinhessische Sommer war durchwachsen und geprägt von zahlreichen Wetterkapriolen. Besonders dramatisch wirken sich Starkregenereignisse und Hagel aus, wenn die Beeren beginnen weich zu werden. Dies führte neben dem Frost Ende April zu Reduktionen der Erntemenge zwischen 10 % und 90 %. „Dort, wo die Trauben ohne Schäden geerntet werden konnten, präsentiert sich ein Topjahrgang mit hoher Reife und knackiger Säure. Also ein perfekter Body-Mass-Index! Der Unterschied in diesem Jahr zwischen Freud und Leid ist groß“ so Erik Riffel, Vorsitzender der rheinhessischen ECOVIN Mitglieder.

An der Nahe und in der Pfalz präsentiert sich ein ähnliches Bild. Ein schneller Herbst mit unterdurchschnittlichen Mengen, aber tollen Qualitäten. Sebastian Rook vom Weingut Brühler Hof in Volxheim freut sich bereits jetzt schon bei der Probe der Jungweine der Sorten der Burgunderfamilie oder Rieslinge: „Bei entsprechender Kulturführung konnten diese perfekt am Stock ausreifen und lassen jetzt schon die Herzen höher schlagen.“ Auch aus Franken und von der Mosel werden nach Selektion sehr gute bis hervorragende Qualitäten gemeldet. Der Weinfreund kann sich auf fruchtige, aromatisch frische Weine freuen, allerdings wird es sicherlich moderate Preissteigerungen geben. An Herausforderungen mangelt es den Biowinzern in Zeiten des Klimawandels nicht. Um diese zu meistern, bedarf es auch fairer Wertschätzung.

Die Meldung im pdf- Format und Bildmaterial finden Sie auf unserer Homepage.

Vielen Dank für eine Veröffentlichung.
Herzliche Grüße aus Oppenheim

Susanne Sommer
Kommunikation und Projekte

Sie erreichen mich üblicherweise Mo.-Do. 8 – 16 Uhr & Fr. 8 – 14 Uhr

ECOVIN
Bundesverband Ökologischer Weinbau
Wormser Str. 162
55276 Oppenheim
T + 49 (0)61 33 16 40 | F + 49 (0)61 33 16 09
s.sommer@ecovin.de